

Antrag G07: Westsahara

Antragsteller*in: Kommunistische Plattform, BV Steglitz-Zehlendorf, BV Neukölln und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Westsahara**

2 Die Linke setzt sich für die Unabhängigkeit der Westsahara, der letzten Kolonie in
3 Afrika ein, sowie für die Rechte und Interessen und der dort lebenden bzw. von dort
4 vertriebenen Saharais.

5 1. Die Linke fordert, dass Deutschland das Recht der Saharais auf Selbstbestimmung,
6 das durch mehr als 100 UN-Resolutionen dokumentiert ist, und das Völkerrecht
7 respektiert und sich im Sinne der Resolutionen der Vereinten Nationen klar für das
8 Selbstbestimmungsreferendum der Saharais einsetzt. Deutschland soll den sogenannten
9 „Autonomieplan“ des Königreichs Marokko nicht akzeptieren, wie es Spanien und
10 Frankreich getan haben, und das legitime Selbstbestimmungsrecht der Saharais vor
11 internationalen Instanzen vertreten.

12 2. Die Linke fordert, dass alle deutschen Konzerne, die illegal und
13 völkerrechtswidrig in der Westsahara tätig sind, ihre Tätigkeit sofort beenden müssen
14 und das Land verlassen: Heidelberg Materials, Siemens Gamesa Renewable Energy,
15 Continental Contitech, Thyssenkrupp AG, Köster Marine Proteins GmbH und DHL. Kein
16 Wirtschaftsabkommen eines deutschen Unternehmens, das auf dem Gebiet der Westsahara
17 operieren will, sollte ohne die Beteiligung von POLISARIO geschlossen werden.

18 3. Die Linke unterstützt die Frente POLISARIO und ihren Kampf als Vertretung der
19 Saharais weiterhin entschieden.

20 4. Die Linke setzt sich dafür ein, in Abstimmung mit der Frente POLISARIO, der
21 saharaischen Diaspora in Deutschland, Organisationen und Aktivist*innen, die sich
22 für die Rechte der Saharais einsetzen, über die Situation in der Westsahara zu
23 sensibilisieren. Zu diesem Zweck wird Öffentlichkeitsarbeit geleistet und es sollen
24 Informationsveranstaltungen in den verschiedenen Verbänden angeboten werden.

Begründung

Die Westsahara wird von den Vereinten Nationen weiterhin als das letzte entkolonialisierte Gebiet in Afrika anerkannt. Spanien war bis 1975 Kolonialmacht und verließ das Gebiet, ohne einen Entkolonialisierungsprozess zu organisieren. Heute hat Marokko die Rolle als Kolonialmacht über den größten Teil des saharaischen Gebiets übernommen. Nur ein kleiner Teil der Westsahara wird von der anerkannten rechtlichen Vertretung der Saharais, der Polisario-Front, verwaltet, während die Mehrheit der saharaischen Bevölkerung in Flüchtlingslagern in Algerien lebt.

Das Recht der Saharais auf Selbstbestimmung wird durch mehr als 100 UN-Resolutionen, durch das unten erwähnte Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und durch bisher vier Urteile des Europäischen Gerichtshofs unterstützt.

"Thus, the Court has not found legal ties of such a nature as might affect the application of General Assembly resolution 1514 (XV) in the decolonization of Western Sahara and, in particular, of the principle of self-determination through the free and genuine expression of the will of the peoples of the Territory."[International Court of Justice](#), 16 October 1975.

Die Saharais warten seit Jahrzehnten auf ein Selbstbestimmungsreferendum. Die UN-Mission zur Durchführung dieses Referendums, MINURSO, hat jedoch bei ihrer Aufgabe versagt. Hinzu

kommt, dass Marokko Ende 2020 nach dem Angriff auf den Guerguerat-Pass den Krieg gegen die Saharais wieder aufgenommen hat.

Marokko will das Referendum durch einen Autonomieplan ersetzen, der von der UNO nicht anerkannt wird, aber von anderen Ländern, darunter Spanien und Frankreich, anerkannt wurde. Deutschland bleibt zweideutig, obwohl die Regierung behauptet, sich an das Völkerrecht zu halten. Es ist wichtig, den Druck auf die deutsche Regierung zu erhöhen, damit sie nicht dem Weg der europäischen Nachbarländer folgt.

Währenddessen werden die Ressourcen der Westsahara von Marokko und dem internationalen Kapital geplündert. Der Europäische Gerichtshof stellte fest, die Westsahara sei kein Teil Marokko. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Westsahara ohne Zustimmung der Saharais verletzt das Völkerrecht. Die saharaische Bevölkerung darf über ihre anerkannte Vertretung, die Frente POLISARIO vertreten werden. Dutzende von Unternehmen aus vielen Ländern operieren jedoch illegal auf saharaischem Gebiet, da sie mit dem Königreich Marokko Verträge geschlossen haben. Diese Abkommen sind illegal, wie internationale Gerichtsurteile festgestellt haben. Daher müssen diese Unternehmen ihre Tätigkeit auf saharaischem Gebiet ohne Absprache mit der gesetzlichen Vertretung der Saharais, der Frente POLISARIO, sofort beenden.

Die Situation in der Westsahara bleibt weitgehend im Dunkeln, da Marokko weiterhin Journalist*innen und Parlamentarier*innen den Zugang zum Gebiet erschwert. Dadurch ist wenig über die tatsächliche Lage bekannt, und die internationale Gemeinschaft übt nicht den nötigen Druck auf Marokko aus. Zudem wird das Thema oft von anderen Konflikten überschattet. Marokko setzt dabei gezielt auf Erpressung und Bestechung, um das Thema in Vergessenheit zu drängen. Deshalb ist es umso wichtiger, umfassender über die Situation in der Westsahara zu informieren.

Die Linke arbeitet eng mit der Frente POLISARIO zusammen, empfängt Delegationen und entsendet eigene in die saharaischen Camps. Vertreter*innen der Frente POLISARIO werden regelmäßig zu Parteitagen eingeladen, und die Partei informiert die Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Feste über deren Kampf.

Gemeinsam mit den Parteien der Europäischen Linken setzt sich Die Linke für eine Lösung des Kolonialkonflikts in Westsahara ein und betont die Bedeutung des Völkerrechts und internationaler Beschlüsse, was auch die Schaffung eines demokratisch legitimierten, unabhängigen Staates umfassen kann.

weitere Antragstellende

BV Tempelhof-Schöneberg, Jaime Martínez Porro (Ersatzdelegierter, Die Linke Steglitz-Zehlendorf), Luis Sanz Jardón (Ersatzdelegierter, Die Linke Neukölln), Daniel Kipka-Anton (Ersatzdelegierter, Die Linke Neukölln), Gesine Költzsch (Ersatzdelegierte, Die Linke Treptow-Köpenick)